



Die Partei der Arbeit Basel ist für:

eine 13. AHV-Rente und Verbesserungen in der 2. Säule,
die Gratis-Kita für alle (ohne Bürokratie; Ausgleich über das Steuersystem),
die Einführung einer Elternzeit für beide Elternteile,
zahlbare Krankenkassenprämien (höhere Staatsbeiträge für Familien und Einzelpersonen mit bescheidenen Einkommen),
wirksamen Schutz der Mieter vor überhöhten Mieten und willkürlichen Kündigungen,
Förderung des sozialen Wohnungsbaus (staatlich und genossenschaftlich),
gesetzlich vorgeschriebene Mindestlöhne und
fortschrittliche Arbeitszeit- und Ferienregelungen,
Verbesserung des Schutzes der Arbeitnehmer vor unbegründeten Entlassungen,
Förderung des öffentlichen Verkehrs mit sozialen Tarifen,
sozialverträglichen Umweltschutz.

Die Partei der Arbeit Basel ist gegen:

eine Erhöhung des Rentenalters,
Mehrbelastungen der Haushalte mit bescheidenen und mittleren Einkommen
durch höhere Steuern, Mieten und Krankenkassenprämien,
höhere Militärausgaben,
neutralitätswidrige Sanktionen,
einen EU-Beitritt der Schweiz,
die Zusammenarbeit mit der NATO.

Die im Jahr 1944 gegründete Partei der Arbeit Basel (PdA) war von 1944 bis im Jahr 1996 im Grossen Rat von Basel-Stadt vertreten, wo sie sich konsequent und beharrlich für die Interessen der arbeitenden Menschen eingesetzt hat. Von 1947 bis 1959 hatte die PdA Basel auch einen Abgeordneten im Nationalrat.

Im Jahr 1988 ist die PdA Basel wegen ihrer einerseits internationalistischen und andererseits antiextremistischen Haltung aus der Partei der Arbeit der Schweiz ausgeschlossen worden. Unsere Standpunkte können daher in wesentlichen Fragen abweichen von den Standpunkten der PdA Schweiz.



Warum kandidieren wir als kleine Partei für den Nationalrat?

In vielen Fragen sind wir einverstanden mit den Standpunkten und Forderungen der SP und der Grünen/Basta und unterstützen diese.

Zum Beispiel: Verteidigung und Ausbau der Sozialwerke, soziale Steuerpolitik, umweltfreundliche Verkehrspolitik, umweltfreundliche Energiegewinnung und soziale Energieversorgung, sozialverträglicher Umweltschutz, soziale Wohnbau- und Mieterschutzpolitik, vollständige Gleichberechtigung von Mann und Frau, Landesverteidigung ohne milliardenteure Waffensysteme, die nur im Zusammenwirken mit der NATO eingesetzt werden können.

Weil wir in vielen wichtigen Politikbereichen weitgehend übereinstimmen mit den Positionen der SP und der Grünen/Basta, haben wir diesen Parteien eine Listenverbindung vorgeschlagen, damit die Stimmen für unsere Liste einfließen in den Pool der Linksparteien und damit für diese zählen. Die von uns angebotene Listenverbindung ist von der SP leider abgelehnt worden mit der Begründung, wir würden in wesentlichen Fragen Standpunkte vertreten, die keinen Platz hätten im Spektrum der bei der SP tolerierten Meinungen.

Die von der PdA Basel vertretenen politischen Standpunkte, derentwegen die SP und die Grünen/Basta eine Listenverbindung mit uns verweigern, sind just die Standpunkte, die uns dazu veranlassen, nach Jahren wieder mit einer eigenen Liste an den Wahlen teilzunehmen. Die Wähler sollen die Möglichkeit haben, eine Linkspartei zu wählen, die in diesen wichtigen Fragen Positionen vertritt, die nicht übereinstimmen mit denjenigen der SP und der Grünen/Basta bzw. mit dem westlichen Mainstream.

■ **Als einzige Linkspartei ist die PdA Basel gegen einen EU-Beitritt der Schweiz.**

Die EU ist ein neoliberales Konstrukt mit erheblichen Demokratiedefiziten. Sie steht für einen supranationalen Kapitalismus ohne Möglichkeit der Mitgliedstaaten, planend und lenkend auf die Entwicklung ihrer Volkswirtschaft Einfluss zu nehmen. Im geopolitischen Kontext spielt die EU die Rolle eines Juniorpartners der westlichen Hegemonialmacht USA. Eine EU-Mitgliedschaft ist auch unvereinbar mit der Neutralität unseres Landes, denn gemäss dem Vertrag von Maastricht müsste die Schweiz als EU-Mitglied die Aussen- und Sicherheitspolitik der EU vorbehaltlos unterstützen.

■ **Die PdA ist für eine strikte Neutralität.**

Wir sind gegen eine Aufweichung der Neutralität, gegen ein Abgehen von den Prinzipien einer strikten Neutralität. Wir unterstützen daher die Initiative aus Kreisen der SVP für eine strikte Neutralität, obwohl wir der SVP nicht nahestehen.

- **Die PdA Basel ist gegen eine NATO-Mitgliedschaft der Schweiz und auch gegen eine politische und/oder militärische Zusammenarbeit der Schweiz mit der NATO.**
- **Die PdA Basel ist für eine allseitige kontrollierte Abrüstung. Solange diese nicht durchgesetzt und verwirklicht ist, befürworten wir eine militärische Landesverteidigung der Schweiz.**

Wir sind für eine auf der allgemeinen Wehrpflicht basierende autonome Landesverteidigung aber gegen die Beschaffung von milliardenteuren Waffensystemen, die nur im Verbund mit NATO-Armeen eingesetzt werden können. Deshalb lehnen wir auch die Beschaffung des amerikanischen Kampffjets F-35 ab.

- **Die PdA Basel ist für eine neue multipolare Weltordnung, für die Überwindung der von den USA als Hegemonialmacht dominierten kapitalistisch-imperialistischen Weltordnung, die politisch als «der Westen» bezeichnet wird.**

Eine multipolare Weltordnung wird den Völkern und Staaten viel bessere Möglichkeiten bieten, den Weg, den sie für ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung beschreiten wollen, frei und ohne Druck einer Hegemonialmacht zu wählen.

- **Wir solidarisieren uns mit dem Bestreben der BRICS-Staaten (China, Russland, Indien, Südafrika und Brasilien) zur Schaffung einer neuen multipolaren Weltordnung. Ebenso begrüßen wir, dass sich weitere Staaten der BRICS-Gruppe anschliessen wollen.**
- **Die PdA Basel verfolgt die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China mit Bewunderung, Sympathie und kritischer Solidarität. Indem sie in historisch kürzester Zeit 800 Millionen Chinesen aus der Armut geholt hat, hat die VR China den weitaus bedeutendsten Beitrag zur Verminderung der Armut in der Welt geleistet.**
- **Die PdA Basel ist gegen alle Sanktionen, mit denen die USA und die EU-Staaten versuchen, ihre wirtschaftlichen Interessen gegen andere Staaten durchzusetzen und diesen ihre Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufzuzwingen.**

Die PdA Basel solidarisiert sich mit den Staaten, die sich gegen den brutalen Druck der USA und ihrer Juniorpartner für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung entschieden haben (China, Vietnam, Kuba, Venezuela u.a.), wobei unsere Sympathie für diese Staaten keineswegs unkritisch ist.

- **Die PdA Basel setzt sich ein für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung**

sowie für die Menschen, die aus Altersgründen oder aus gesundheitlichen Gründen oder wegen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit nicht arbeiten können. Aber die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle lehnen wir ab, da nur durch Arbeit die Werte geschaffen werden, die auch verteilt werden können. Arbeit ist die Grundlage aller sozialen Entwicklung. Wir setzen uns ein für gute Arbeitsbedingungen, anständige Löhne, Rechtsanspruch auf Teuerungsausgleich, fortschrittliche Arbeitszeit- und Ferienregelungen, Vereinbarkeit von Arbeit und Familie.

- **Die PdA Basel war schon immer und ist auch heute für die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Gesellschaft**

(in der Familie, in der Politik, in der Wirtschaft, in der Kultur). Wir sind aber gegen einen frauen- und männerfeindlichen Genderextremismus.

- **Eine unbegrenzte, unkontrollierte Zuwanderung aus dem Ausland wird von der PdA Basel nicht befürwortet.**

Die Armut in einem grossen Teil der Welt kann nicht durch massenhafte Migration von den armen in die reichen Länder überwunden werden; und bei uns verursacht der hohe Anteil schlecht integrierter Ausländer an der Wohnbevölkerung beträchtliche soziale Probleme. Wir sind für die Verstärkung und Verbesserung aller Integrationsbemühungen (Sprache, Beruf, Bildung, Einbürgerung).

Da wir in wesentlichen Fragen (Neutralität, EU-Beitritt, Zusammenarbeit mit der NATO, US-dominierte Weltordnung) als einzige Linkspartei Standpunkte vertreten, die nicht übereinstimmen mit der Haltung der SP und der Grünen/Basta in diesen Fragen, wollen wir mit unserer Teilnahme an den Nationalratswahlen den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit bieten, eine Linkspartei zu wählen, die eintritt gegen einen EU-Beitritt, gegen eine Zusammenarbeit mit der NATO und für eine konsequente Neutralitätspolitik der Schweiz.